

2. Weltfrauenkonferenz der IÖD.

Wege zur Macht

Ende letzten Jahres trafen sich zweihundert Frauen aus allen Kontinenten und 72 Ländern zur 2. Weltfrauenkonferenz der IÖD (Internationale der Öffentlichen Dienste) und diskutierten über die Themen „Frauen und Entwicklung“ und „Frauen und Macht“. Dreizehn Anträge an die IÖD-Weltkonferenz von 1993 in Helsinki wurden verabschiedet. Spannend war nicht nur der äussere Anblick, die Vielfältigkeit, Vielfarbigkeit und Vielsprachigkeit der zweihundert Delegierten an der 2. Weltfrauenkonferenz der IÖD (Internationale der Öffentlichen Dienste). Spannend waren auch die Informationen und Diskussionen, die deutlich machten, wie wichtig die Einheit der Frauen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist und dass die Solidarität zwischen Süden und Norden eine Lebensnotwendigkeit ist, weil „das Leiden zwar graduell verschieden ist, die Ursachen unseres Leidens jedoch dieselben sind“ (Susan George).

Monika Wulf-Mathies, Präsidentin der IÖD und unserer deutschen Schwestergewerkschaft Öffentliche Dienste Transport Verkehr ÖTV, eröffnete die Konferenz. Sie zeigte auf, dass sich seit der ersten Weltfrauenkonferenz von 1984 innerhalb der IÖD für die Frauen einiges verbessert hat. Die wichtigste Entwicklung ist dabei die Einrichtung eines Frauenausschusses mit garantierter Regionalvertretung.

Die gesamtgesellschaftliche Situation der Frauen hat sich jedoch weltweit kaum verändert. Die Arbeitsbedingungen sind nicht besser, die Lohnunterschiede eher noch grösser geworden. Die Arbeitsplätze der öffentlichen Dienste als grösste Arbeitgeber der Frauen sind durch Strukturanpassungsprogramme, Rationalisierungen und Privatisierungen nicht nur im Süden, sondern mehr und mehr auch im Norden gefährdet.

Frauen und Entwicklung

An der Weltfrauenkonferenz wurde die Politik von IWF und Weltbank sowohl von der Hauptreferentin Susan George als auch von Vertreterinnen aus verschiedenen Entwicklungsländern sehr hart kritisiert: Das Primat der Marktwirtschaft hat die Unterschiede zwischen Arm und Reich und Süden und Norden noch vergrössert. Die strukturellen Anpassungsprogramme zwingen die Schuldnerländer, die Innenwirtschaft und Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Soziales zugunsten des Exports zu vernachlässigen. Dass dieser regelrechte Krieg gegen Arme (Länder) und gegen den Staat insbesondere die Frauen trifft, wurde an verschiedenen Beispielen illustriert. Die strukturellen Anpassungsprogramme zwingen die Schuldnerländer, einerseits zu sparen und andererseits mehr zu verdienen (mehr Export). Dass Sparprogramme der öffentlichen Hand Frauen besonders hart treffen, wissen wir unterdessen aus eigener Erfahrung. Dabei geht nicht „nur“ der Abbau von Löhnen und Stellen beim grössten Arbeitgeber für die Frauen vorwiegend auf ihre Kosten. Auch der Abbau im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich und die Preiserhöhungen auf Grundnahrungsmitteln bedeuten für Frauen (als nach wie vor Zuständige für Ernährung, Betreuung und Gesundheit ihrer Kinder) erhebliche Mehrarbeit unter verschlechterten Bedingungen. Auch das Primat der Exportwirtschaft und damit eine Verschiebung von den nichthandelbaren zu den handelbaren Waren wirkt sich zuungunsten der Frauen aus.

Wie wichtig ein erhöhter Druck der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf IWF und Weltbank zugunsten einer Verstärkung der sozialen Dimension ihrer Programme ist, wurde auch in den verabschiedeten Empfehlungen und Anträgen bekräftigt.

Von den dreizehn am Schluss der Weltfrauenkonferenz verabschiedeten Anträgen betreffen sechs den Themenbereich „Frau und Entwicklung“ und sieben den Themenbereich „Frauen und Macht“. Zum ersten Themenbereich wurde unter anderem beschlossen, einen Protestbrief der Weltfrauenkonferenz zu den negativen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme auf Frauen und ihre Familien an IWF und Weltbank zu senden. Den Mitgliedergewerkschaften wird unter anderem empfohlen, mehr Öffentlichkeitsarbeit über die Schuldenkrise und die negativen Auswirkungen der strukturellen Anpassungsprogramme zu leisten und den Druck auf die nationalen Vertretungen in IWF und Weltbank zu verstärken. Zur Verbesserung der Machtpositionen der Frauen in der IÖD und ihren Mitgliedverbänden verlangt die Weltfrauenkonferenz unter anderem eine proportionale Frauenvertretung (Quoten) in Gremien, Delegationen und bei der Schulung und Bildung sowie den Ausbau des Frauensekretariates im IÖD-Sekretariat. Zudem soll die Einstellung einer hauptamtlichen Frauensekretärin in jeder Region geprüft werden.

Im Herbst 1993 findet die IÖD-Weltkonferenz in Helsinki statt. Dazu fordert die Weltfrauenkonferenz, dass in den einzelnen Delegationen die Frauen proportional vertreten sind. Zudem soll eine Sitzung der weiblichen Delegierten unmittelbar vor der Helsinki-Konferenz stattfinden. Mit Foto.

Bettina Kurz.

Der öffentliche Dienst, 29.1.1993.

Personen > Kurz Bettina. Frauen. IOeD. OeD, 1993-01-29